

Die einzelnen Ziffern des Berichts werden durchgegangen. Sofern kein Einvernehmen mit den Empfehlungen der Verwaltung zur weiteren Berichterstattung gibt, wird abgestimmt. Diese Fälle sind im Folgenden dargelegt. In allen übrigen Fällen folgt der Hauptausschuss einvernehmlich den Empfehlungen der Verwaltung.

Die Bemerkungen zur Beschlusskontrolle werden den entsprechenden Berichten beigegefügt. Damit nicht der gesamte Bericht als neue Anlage inklusive der Bemerkungen der Niederschrift beigegefügt werden muss, werden die entsprechenden Bestandteile im Folgenden abgebildet. Die Bemerkungen des Hauptausschusses erscheinen darunter. Fehlerkorrekturen in der Berichterstattung erscheinen ohne weitere Erörterung in Rot.

Folgende Ziffern des Berichts werden eingehender erörtert:

Lfd. Nr. 01	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.02.2014 / Ratsversammlung TOP 10.6 - 0072/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Konzepte für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Vorlage eines Konzeptes mit Kostenschätzung für die Beseitigung der Baumängel am Feuerwehrhaus (Frist: erste Sitzung nach den Sommerferien 2014) 2. Vorlage einer Stellungnahme zu möglichen Gefährdungen 3. Beteiligung der zuständigen Ausschüsse und des Stadtteilbeirates 4. Federführung: Bau- und Vergabeausschuss
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudemanagement (FD 65)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Die Arbeiten zur Verbesserung der Standsicherheit des Gebäudes durch eine nachträgliche Pfahlgründung sind abgeschlossen. Damit ist der Standort für die Freiwillige Feuerwehr Wittorf bis mindestens 2030 gesichert. Die Suche nach einem geeigneten Standort für einen möglichen Neubau läuft bereits.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.

Ratsherr Kühl erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bei der Standortsuche. Er habe gehört, dass diese abgeschlossen sei. Frau Stadtbaurätin Kling teilt mit, dass aktuell ein möglicher Standort mit einem fiktiven Raumprogramm geprüft werde. Es sei geplant, die Prüfung in den nächsten drei Monaten abzuschließen.

Herr Oberbürgermeister Bergmann erläutert, dass sich der Beschluss erledigt habe, da die Baumängel aktuell beseitigt würden und das Konzept umgesetzt sei.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig dafür, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.

Lfd. Nr. 05	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	14.07.2015 / Ratsversammlung TOP 12.7 - 0202/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Optimierung des Baustellenmanagements
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	- Optimierung des Baustellenmanagements - Beginn und Ende bei Auftragsvergabe präzisieren - Verwaisung der Baustellen verhindern - Regelmäßige Koordination zwischen den Leistungsträgern optimieren - Prüfung von Kosten und Bedingungen eines interaktiven Stadtplans - Effektivität der bisherigen Betätigung? Betätigungsbericht gefordert (Frage/Anforderung aus HA 18.08.2020).
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Dezentrale Steuerungsunterstützung (FD 04)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Die Beschlusspunkt 1a-c gehören zum Tagesgeschäft. Es erfolgt zurzeit die Beauftragung zur Erstellung des digitalen Baustellenplans. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Die Umsetzung wird im 1. Quartal 2023 erfolgen. Tätigkeitsbericht mit statistischen Angaben zu Beschlusspunkt 2 im Frühjahr 2023.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.
Anmerkungen	0293/2018/MV im BVA am 29.10.2020

Frau Stadtbaurätin Kling berichtet, dass der digitale Baustellenplan mittlerweile beauftragt worden sei. Ratsherr Kühl weist darauf hin, dass die Punkte 1a-c schon immer zum Tagesgeschäft gehören würden, die Umsetzung jedoch nicht funktioniert habe, sodass dieser Beschluss gefasst worden sei. Frau Stadtbaurätin Kling berichtet, dass zur Umsetzung des Beschlusses ein Mitarbeiter eingestellt worden sei, aufgrund eines Krankheitsausfalls der Bericht jedoch erst im Frühjahr 2023 vorgelegt werden könne. Ratsherr Voigt teilt mit, dass die Verweisung von Baustellen ein großes Problem darstelle. Es wird kontrovers diskutiert, ob die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden kann oder weiterhin Bestandteil der Beschlusskontrolle sein oder durch einen Fachausschuss weiterverfolgt werden soll.

Der Hauptausschuss stimmt mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für den Verbleib der Angelegenheit in der Beschlusskontrolle.

Lfd. Nr. 07	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	22.11.2016 / Ratsversammlung TOP 11.4 – 0314/2013/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gesamtkonzeption für den ruhenden LKW-Verkehr im gesamten Stadtgebiet
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Standorte für die Errichtung von zusätzlichen LKW-Stellplatzanlagen aufzeigen (Frist: vor der Sommerpause 2017) 2. Ggf. gemeinsame Lösung mit den Umlandgemeinden 3. Konzepterarbeitung ausschließlich für den ruhenden LKW-Verkehr
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	<u>Stadtplanung und -entwicklung (FD 61)</u> ; Tiefbau und Grünflächen -Abt. Grünflächen- (FD 66); Bürgerservice, öffentliche Sicherheit und Ordnung -Abt. Straßenverkehrsangelegenheiten- (FD 32.3)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Die Untersuchungen sind extern vergeben worden. Die Planung wird interdisziplinär begleitet und im Rahmen der Untersuchung erfolgt mittels Runder Tische und einer Befragung eine Einbindung der betroffenen Gewerbebetriebe. Aufgrund fehlender Personalressourcen in der Verkehrsplanung erfolgt eine Berichterstattung Anfang 2023.
weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ratsherr Kühl moniert, dass die Berichterstattung stets weiter verschoben werde und bittet Frau Stadtbaurätin Kling die angekündigte Berichterstattung Anfang 2023 einzuhalten.

Lfd. Nr. 10	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	13.02.2018 / Ratsversammlung, TOP 11.3 – 0424/2013/An 27.03.2018 / Ratsversammlung, TOP 39.4 – 1207/2013/DS 12.02.2019 / Ratsversammlung, TOP 25 – 0262/2018/DS
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Technikum RBZ
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Aufnahme des Schul- und Laborbetriebes an dem geplanten Standort Riemenschneiderstraße zum Schuljahresbeginn 2019/2020 2. Regelmäßige Beteiligung und Unterrichtung folgender Ausschüsse ○ Hauptausschuss ○ Schul-, Kultur- und Sportausschuss ○ Bau- und Vergabeausschuss 3. Vorlage einer Zeitplanung für das Vorhaben, die mit der Elly-Heuss-Knapp-Schule abgestimmt wurde (Frist: 27.03.2018) <u>Weitere Entwicklung:</u> 4. Erstellung der ‚funktionalen Leistungsbeschreibung‘ auf Grundlage des Raumprogrammes durch ein externes Büro 5. Laufende Unterrichtung des Bau- und Vergabeausschusses
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudewirtschaft (FD 65); <u>Dezentrale Steuerungsunterstützung SG IV</u> (FD 04)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Beschlusspunkte 1 bis 4 sind mit der Abnahme des Gebäudes im Juli 2021 erledigt. Laboreinrichtungen und Inbetriebnahme im Mai 2023.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, das Thema als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.
Anmerkungen	Siehe auch 1099/2013/DS Neubau Technikum – Planungsbeschluss; 0454/2018/DS Neubau Technikum

Ratsfrau Hartmann weist darauf hin, dass der Beschluss erst mit der Inbetriebnahme des Labors erledigt sei. Bis dahin solle der Beschluss weiterhin Bestandteil der Berichterstattung bleiben. Der Hauptausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

Lfd. Nr. 15	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	03.07.2018 / Ratsversammlung TOP 45 – 0058/2018/DS
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Grundsatzbeschluss Entwicklung interkommunales Gewerbegebiet Krogaspe
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Erstellung eines gesamtheitlichen Konzeptes der kommunalen Zusammenarbeit mit angrenzenden Gemeinden und darüber hinaus, mit folgenden Inhalten: 1. Ausweisung 2. Erschließung 3. Verdichtung 4. Vermarktung
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (FD 61)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Die Stadt Neumünster befindet sich im Austausch mit der Gemeinde Krogaspe. Die Flächen für ein interkommunales Gewerbegebiet wurden konkretisiert. Potenzielle Flächen wurden identifiziert und Gespräche mit ersten Eigentümer/-innen geführt.
weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet, dass er kommende Woche einen Telefontermin mit den Verantwortlichen der Gemeinde Krogaspe habe.

Lfd. Nr. 17	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	11.09.2018 / Ratsversammlung TOP 11.2 - 0030/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Theodor-Litt-Schule, Holstenstraße, Neubau Verbindungsbau und Erweiterung um 3 Klassen
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Umsetzung des Baubeschlusses vom 04.04.2017 2. Umgehende Klärung der Denkmalschutzprobleme 3. Unverzügliche Information von Planungsänderungen in den folgenden Ausschüssen: a. Bau- und Vergabeausschuss b. Schul-, Kultur- und Sportausschuss
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Gebäudemanagement (FD 65)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Zur Konsolidierung des Haushaltes 2021/22 wird auf Vorschlag der Verwaltung und Beschluss der Ratsversammlung vom 14.09.2021 zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2021 die Fertigstellung der Maßnahme von 2023 auf 2024 verschoben. Der Baubeginn steht unmittelbar bevor, die Abrissarbeiten haben begonnen. Die Maßnahme wurde in das Förderprogramm IMPULS 2030 II aufgenommen.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, das Thema als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.
Anmerkungen	Siehe auch 0940/2013/DS und 0870/2018/DS der RV vom 14.09.2021 .

Herr Oberbürgermeister Bergmann gibt zu bedenken, dass dieser Beschluss, ähnlich wie bei der lfd. Nr. 10, noch nicht endgültig erledigt sei. Für ein einheitliches Verfahren müsse dieser Beschluss ebenfalls weiterhin Gegenstand der Berichterstattung bleiben. Der Hauptausschuss schließt sich diesem Vorschlag an.

Lfd. Nr. 18	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	11.12.2018 / Ratsversammlung TOP 32 – Antrag Nr. I-1 und Ergänzungsantrag I-1a zum Finanzplan des Haushaltes 2019/2020
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Planungskosten Hochschullehrgang Pflege
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen → Noch zu erledigende Bestandteile des Beschlusses	1. Prüfung, welche Fördermittel zur Realisierung des Hochschulstudienganges beantragt werden können 2. Bereitstellung und Finanzierung der benötigten Raumkapazitäten 3. Konzept für Erweiterungsbau prüfen
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	<u>Dezentrale Steuerungsunterstützung (FD 03)</u> , später für baurechtliche Planungen: Gebäudemanagement (FD 65)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Am 01.07.2022 erfolgte die Zusage der Fachhochschule (FH) Kiel, einen Studiengang Pflege und perspektivisch einen Fachbereich Gesundheit & Pflege in Neumünster anzusiedeln. Zu den einzelnen Punkten des Beschlusses: 1. Die Prüfung hat stattgefunden, geeignete Förderprogramme stehen derzeit nicht zur Verfügung, es wird weiter nach Fördermöglichkeiten Ausschau gehalten. 2. Die Ratsversammlung hat am 15.02.2022 der Absichtserklärung, der FH Kiel die für einen Fachbereich Gesundheit & Pflege benötigten Räumlichkeiten für 10 Jahre kostenfrei zur Verfügung zu stellen, einstimmig zugestimmt. Die Räumlichkeiten müssen frühestens zum Sommersemester 2023 und zunächst nur teilweise zur Verfügung stehen. Die Stadt Neumünster, das FEK und die FH Kiel stimmen sich derzeit zum Raumprogramm und notwendigen Baumaßnahmen ab. 3. Nachdem das Land die finanziellen Voraussetzungen für zusätzliche Pflegestudienplätze geschaffen hatte und die Raumanforderungen durch die FH Kiel konkretisiert wurden, ist eine Erweiterung und Ergänzung des Bildungszentrums des FEK vorgesehen. Die Gremien der kommunalen Selbstverwaltung werden über relevante Entwicklung bei der Hochschulanbindung informiert. Am 13.09.2022 wurde bereits eine große Anfrage der FDP-Ratsfraktion zur Hochschulanbindung beantwortet.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, das Thema als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.

Ratsherr Kühl erkundigt sich hinsichtlich der Empfehlung der Verwaltung, die Angelegenheit als erledigt anzusehen, ob die Raumfrage dauerhaft geklärt sei.

Herr Oberbürgermeister Bergmann schlägt vor, die Angelegenheit in einem Ausschuss weiter zu verfolgen. Die Frage sei auch, wie die Selbstverwaltung das Thema Hochschule weiter begleiten möchte.

Frau Stadtbaurätin Kling weist darauf hin, dass nicht die Stadt, sondern das FEK baue. Die Stadt zahle für die ersten 10 Jahre lediglich die Miete für die Räumlichkeiten anstelle der Hochschule. Daher sei die Erledigung der Angelegenheit vorgeschlagen worden.

Der Hauptausschuss diskutiert kontrovers ob die Angelegenheit in der Beschlusskontrolle als erledigt angesehen werden könne und wie eine anderweitige Berichterstattung aussehen und in welchem Gremium erfolgen solle.

Herr Oberbürgermeister Bergmann schlägt eine weitere Berichterstattung der Thematik im Rahmen von Quartalsberichten im Hauptausschuss vor. Der Hauptausschuss schließt sich diesem Vorschlag an und verständigt sich darauf, das Thema in der Beschlusskontrolle als erledigt anzusehen.

Lfd. Nr. 19	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	11.12.2018 / Ratsversammlung TOP 32 – Antrag I-20 zum Finanzplan des Haushalts 2019/2020
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Spielplatzkonzept
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Vorlage eines Spielplatzentwicklungskonzeptes bis zur Sommerpause 2019 Anm.: Gemäß dem Protokoll zur Hauptausschusssitzung vom 18.08.2020 kritisierte Ratsherr Kriese, dass noch kein Konzept im Sinne des Beschlusses vorgelegt worden sei. Woraufhin Herr Stadtbaurat Kubiak darauf hinwies, dass es sehr wohl ein Konzept zur Sanierung gäbe, welches jährlich fortgeschrieben werde. Aus der Diskussion wird deutlich, dass die Erwartungen an eine Konzeption deutlich über das, was bislang geliefert worden ist, hinausgehen. Dieser Hinweis wurde gemäß dem Protokoll zur Hauptausschusssitzung vom 23.11.2021 bestätigt. Zudem verwies Ratsherr Westphal-Garken auf das Konzept der Stadt Kiel zur Entwicklung der Spielleitplanung. Zur Weiterentwicklung des Konzeptes solle die Verwaltung in 2022 eine Vorlage einreichen. Des Weiteren wurde von Ratsherr Voigt angemerkt, dass bei einer Verortung der Zuständigkeit im FD 66 der Zustand der Flächen das Hauptthema sei. Zur Umsetzung des Beschlusses müsse die Zuständigkeit im Kinder- und Jugendbereich liegen.
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Tiefbau und Grünflächen (FD 66); Schule, Jugend, Kultur und Sport (FD 40)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	FD 66: Bei Neuplanungen von Spielplätzen finden grundsätzlich Kinder- und Jugendbeteiligungen nach Abstimmung mit dem Fachdienst 40 statt. Es ist geplant, den städtischen Gremien ein Spielplatzkonzept in 2023 vorzulegen.
weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Herr Duve berichtet, dass das Konzept im September 2023 vorgelegt werden solle.

Lfd. Nr. 24	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	18.06.2019 / Ratsversammlung TOP 10.1 – 0089/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Konzessionsvereinbarung zur Darstellung von werbefinanzierten Bildschirminformationen
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Durchführung der Vergabe einer Dienstleistungskonzession zur Darstellung von werbefinanzierten Bildschirmformaten in städtischen Liegenschaften
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Büro des Oberbürgermeisters (FD 12)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Die Ausschreibung einer Konzessionsvereinbarung wird in 2023 erfolgen.
weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.

Ratsherr Kühl erkundigt sich, warum die Umsetzung so lange dauere. Herr Oberbürgermeister Bergmann teilt mit, dass die Angelegenheit nicht prioritär behandelt worden sei.

Lfd. Nr. 31	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	23./24.06.2020 / Ratsversammlung TOP 10.2 – 0186/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Wertgutachten städt. Gelände Scholtz-Kaserne
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen → Noch zu erledigende Bestandteile des Beschlusses	1. Aufnahme der Verhandlungen zum Verkauf mit der WoBau, auf Grundlage des Gutachtens, mit folgenden Bedingungen: - Flächennutzung: Mietwohnungsbau mit mind. 30% bezahlbarem Wohnraum, Eigentumswohnungen, Flächen des Gemeindebedarfs, Bauplätze für private Investoren - Beteiligung der WoBau an der B-Planaufstellung - Verkauf von Teilflächen zum ortsüblichen Preis an andere Wohnungsbaugesellschaften oder –investoren (solvent!) bei bestehendem Interesse; Zurverfügungstellung von Bauplätzen an private Bauwillige zum ortsüblichen Grundstückspreis - Spätestens 5 Jahre nach Satzungsbeschluss des B-Plans → 1. Bauabschnitt bezugsfertig Spätestens 8 Jahre nach Satzungsbeschluss des B-Plans → Gelände bebaut - Barrierefreies Erreichen der Wohnungen; Barrierefreie Wohnungen; Mindestanzahl an Ladestationen für E-Mobilität, auch zur öffentlichen Nutzung; PKW-Stellplätze auf den Grundstücken; Ausreichende Anzahl Fahrradstellplätze - Gesamtkonzept für ein lebendiges, buntes, soziales, zukunftsfähiges Quartier auf Grundlage der Bereiche Wohnen, Arbeiten und Freizeit - Nachhaltige, umweltschonende und möglichst klimaneutrale Errichtung des Quartiers - Bebauung gemäß der aktuellen Fassung der EnEV, bzw. des GEG - Leitlinien der klimagerechten Bauleitplanung entsprechen - Anforderungserfüllung jeweiliger KfW-Programme zur wesentlichen CO2-Reduzierung - Wärmeversorgung durch CO2-sparsame oder –neutrale Träger - Fernwärme - Wasserstoff - Photovoltaik - Gleichberechtigte Nutzung des Straßenraumes - Bereitstellung der öffentlichen Plätze als Freizeitfläche

für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (FD 61)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Wertgutachten liegt vor. Verhandlungen mit der Wobau wurden aufgenommen. Der Beschluss wurde in der Ratsversammlung am 15.02.2022 konkretisiert und angepasst. Der städtebauliche Entwurf wurde in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 31.08.2022 vorgestellt.
weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
Anmerkungen	Siehe auch 0984/2018/DS der RV vom 15.02.2022 und 1125/2018/DS des PUA vom 31.08.2022 .

Ratsherr Kühl erkundigt sich, wann gebaut werden könne. Frau Stadtbaurätin Kling berichtet, dass die Vermarktung der Grundstücke für 2025 geplant sei.

Lfd. Nr. 33	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	08./09.09.2020 / Ratsversammlung TOP 10.4 – 0201/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Städtebaulicher Rahmenplan Karstadt-Gebäude
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	- Entwerfen eines städtebaulichen Rahmenplanes im Zuge eines Innenstadtkonzeptes - Definierung von Entwicklungszielen, welche die Bereiche Wohnen, Stadtgrün, Kultur, Gastronomie und Gemeinwohl verknüpfen - Bürgerbeteiligung über das gesetzliche Maß hinaus - Stadtteilbeirat - Kinder- und Jugendbeirat - Seniorenbeirat - Breite Angebote zur allgemeinen Mitwirkung - Vereinbarung eines Vorkaufsrechts für die Stadt oder Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung - Regelmäßige (mind. 2x/Jahr) Unterrichtung des Planungs- und Umweltausschusses
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (FD 61)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Planungen der Stadtparkasse Südholstein zur Umnutzung und Gestaltung des Karstadt-Gebäudes wurden dem Planungs- und Umweltausschuss sowie der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Bauarbeiten u. a. für die Stadtbücherei haben begonnen. Durch eine gesamtheitliche Grünflächenplanung für die Innenstadt ist ein Rahmenplan, der auf das Karstadt-Areal begrenzt ist, entbehrlich.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.

Ratsherr Kühl erkundigt sich nach einer noch fehlenden letzten Baugenehmigung. Frau Stadtbaurätin Kling erläutert daraufhin, dass die Sparkasse einen bereits genehmigten Bauantrag noch abändern wolle. Der bisher vorliegende Änderungsantrag sei jedoch nicht genehmigungsfähig, sodass dieser nun von der Sparkasse angepasst werde. Der Baufortschritt sei durch diesen Änderungsantrag nicht betroffen bzw. beeinträchtigt.

Lfd. Nr. 40	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	08.06.2021 / Ratsversammlung TOP 26 – 0772/2018/DS
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Interreg 6a 2021-2027
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Teilnahme am EU-Förderprogramm a. Vornehmliche Konzentration auf die Prioritäten 2 und 3 2. Aufzeigen einer Möglichkeit der Realisierung einer inhaltlichen Zusammenarbeit auf fachlicher Ebene ohne Stellenmehrbedarf a. Akquirierung Dritter für Projekte
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (FD 61)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Die Stadt Neumünster nimmt am Programm Interreg 6a teil. Die weitere Beteiligung am Programm ist Daueraufgabe
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.
Anmerkungen	

Ratsherr Kühl teilt mit, dass die Stadt an dem Projekt nur mittelbar beteiligt sei und eine Kooperation mit anderen Teilnehmenden nötig gewesen wäre. Frau Stadtbaurätin Kling erläutert, dass es in dem Programm viele Maßnahmen gäbe und die Stadt nicht zur Teilnahme an einzelnen Maßnahmen verpflichtet sei. Sofern ein Projekt für die Stadt infrage komme, könne man sich beteiligen.

Lfd. Nr. 44	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	14.09.2021 / Ratsversammlung – TOP 10.5 – 0264/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Blaulicht-Campus
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Vorschlag für die Schaffung von Wohnungsangeboten für z.B. Auszubildende 2. Vorschlag für die Wohnungsverwaltung 3. Einsetzen des Oberbürgermeisters für die beschlossenen Ideen bei den betroffenen Stellen auf Bundes- und Landesebene 4. Ggf. Vorbereitung weiterer Beschlüsse 5. Regelmäßige Unterrichtung der Selbstverwaltung über den Stand der Dinge
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Büro des Oberbürgermeisters (FD 12)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Mit dem Einsatztrainingszentrum des Zolls und Überlegungen des THWs sind grundsätzliche Ansätze des Blaulicht-Campus` verwirklicht. Es werden weiterhin Gespräche auch mit Blick auf thematisch zusammenhängende Entwicklungen geführt.
weitere Berichterstattung	Das Thema bleibt Gegenstand der Berichterstattung.
Anmerkungen	

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet, dass die Stadt mittlerweile mit dem Bund bezüglich erster Ansiedlungen im Gespräch sei.

Lfd. Nr. 47	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	09.11.2021 / Ratsversammlung – TOP 10.5 – 0275/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Gutachten im Zusammenhang mit der Ansiedlung von milchverarbeitenden Unternehmen im Bereich des B-Plans 116
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	1. Sicherung der den Mitgliedern des BVA und PUA zur Verfügung gestellten Akten. 2. Anweisung der Wirtschaftsagentur zur Sicherung aller Akten zum Vorgang der Ansiedlung zweier milchverarbeitenden Betriebe im Bereich des B-Plans 116 3. Beauftragung eines externen verwaltungs- und umweltrechtlichen Gutachters die benannten Akten zu sichten und zu ermitteln und zu begutachten, ob a. Durch die Ansiedlung der genannten Betriebe der Stadt ein unmittelbarer oder mittelbarer i. Finanzieller ii. Umwelttechnischer Nachteil oder Schaden entstanden ist b. Bei Vorliegen eines Schadens ob und wem dieser Umstand bekannt war oder hätte sein müssen c. Die Ansiedlung der genannten Betriebe unmittelbar oder mittelbar nachteilige oder schädliche Auswirkungen auf die weitere Ansiedlungspolitik hat und wenn ja, welche d. Die Gremien der Selbstverwaltung über alle Umstände und Folgen der Ansiedlung dieser Betriebe so umfänglich unterrichtet waren, dass eine Entscheidung in der Sache auf hinlänglicher, der Tragweite der Entscheidung angemessener Grundlage erfolgte und falls dies umfänglich oder teilweise Beanstandungen ergibt, Handlungsempfehlungen und Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu geben. Dabei soll auch auf mögliche Haftungen und Regresse abgestellt werden. 4. Vorlage des Gutachtens schnellstmöglich, spätestens drei Wochen vor dem PUA im März 2022
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	<u>Dezentrale Steuerungsunterstützung SG IV</u> (FD 04); Büro des Oberbürgermeisters (FD 12)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Beschlusspunkt 1 und 2 erledigt. Die Vorlage des Gutachtens erfolgt im September in der 38 KW. Abstimmung des Gutachtens in der Arbeitsgruppe. Vorstellung des Gutachtens in der Selbstverwaltung im Herbst 2022. Beschlusspunkt 4 entfällt.

weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.
Anmerkungen	

Ratsherr Kühl bemängelt, dass die Ratsversammlung das Gutachten nicht erhalten, sondern davon in der Presse erfahren hätte. Frau Stadtbaurätin Kling berichtet, dass das Gutachten nach einer datenschutzrechtlich notwendigen Überarbeitung veröffentlicht werde.

Lfd. Nr. 50	
Datum Beschluss / Gremium Tagesordnungspunkt - Antrags- / Vorlagennummer	29.03.2022 / Ratsversammlung – TOP 10.2 – 0293/2018/An
Gegenstand (ggf. Stichwort)	Initiative lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten
Beschluss (ggf. Auszug bzw. Zusammenfassung) inklusive Änderungs- / Ergänzungsanträgen	Beitritt zur kommunalen Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“
für die Umsetzung zuständiger Fachdienst (ggf. federführend)	Stadtplanung und -entwicklung (FD 61); Büro des Oberbürgermeisters (FD 12)
Aktueller Sachstand / weitere Vorgehensweise	Ein entsprechender Antrag auf Beitritt ist gestellt worden.
weitere Berichterstattung	Die Verwaltung schlägt vor, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und in der nächsten Beschlusskontrolle nicht aufzuführen.
Anmerkungen	

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet, dass die Stadt Neumünster mittlerweile aufgenommen worden sei.

